

**Stellungnahme zur Einstellung des Prozesses gegen den Amtsvormund im „Fall Kevin“**

Die Einstellung des zweiten Prozesses im ‚Fall Kevin‘ veranlasst uns, nach dem in den Medien in den letzten Wochen und Monaten viel über die Verantwortung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde zu lesen war, noch einmal auf die Rolle der politisch und leitend Verantwortlichen in und nach dem ‚Fall Kevin‘ zurück zu kommen. Wie in diesen Tagen auch von damals beteiligten Politikern und vielen Kolleginnen und Kollegen zu hören ist, wurde in Bremen in der Tat viel unternommen, um Konsequenzen zu ziehen - aus dem tragischen Todesfall, aus dem eklatanten fachlichen Versagen behördlicher Mitarbeiter und aus dem Versagen der vorhandenen Strukturen im Bremer Sozialressort. Es ist gut, dass neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt wurden, dass auch andere Experten in Kinderschutzkonferenzen zu Wort kamen. Nicht zuletzt ist wichtig, dass man sich in den neuen Leitlinien der Zusammenarbeit dazu verpflichtet hat, von der Spitze aus bis ins Stadtteilteam gemeinsam fachliche Verantwortung tragen zu wollen. Denn daran hat es lange genug gefehlt. Hoffnung machend ist auch, dass etwa die Stadtteilgruppe Walle in einem Modellprojekt mehr KollegInnen einstellen soll, um das bestehende Team zu entlasten und stärker präventiv mit KlientInnen zu arbeiten.

**Manches aber bleibt zu tun.** Nicht nur unter den Bremer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Sorge groß (manche sprechen gar von Angst), selbst einen Fehler in der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung zu begehen. Denn der Druck und die Fallzahl sind bislang ungebrochen hoch. Auch in der Bremer Amtsvormundschaft sind mit 100 Fällen pro Vormund noch immer doppelt so viele Kinder und Jugendliche zu betreuen, wie es vom Bundesjustizministerium und allen renommierten Verbänden für sinnvoll erachtet wird.

Die hohe öffentliche Aufmerksamkeit, aber auch der Bedarf der Fachkräfte nach persönlicher Absicherung vor Konsequenzen, lassen bundesweit die Zahlen in Obhut genommener Kinder und Jugendlicher steigen. Manche Stelle konnte besetzt werden, manche musste aber auch wieder neu ausgeschrieben werden, da zuweilen der Druck, der auf Einzelnen lastete, zu groß war. Inzwischen hat man in vielen Jugendämtern Schwierigkeiten, überhaupt genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Das Risiko, die Verantwortung ggf. allein bis in einen Prozess tragen zu müssen, wie es der Bremer Kollege in so anerkennenswerter Courage getan hat, ist hoch.

Die Führungskräfte auch des Bremer Jugendamtes sind gefordert, den schon länger dort tätigen und auch den neu eingestellten Mitarbeitern fachliche Entlastung und auch eine Rückbesinnung hin auf die eigene Fachlichkeit zu vermitteln. Denn was es vor allem braucht, dies zeigen die Fallwerkstätten von Reinhart Wolff und Team in Bremen und aktuelle Studien, ist das richtige Maß einer „professionellen Gelassenheit“: Trotz des von der Bundespolitik geforderten Hausbesuchs als Pflichtmaßnahme eben nicht sofort mit der Tür ins Haus zu fallen, sich durch viele Aufregtheiten nicht zu verzetteln und die individuelle und von vielen Seiten herangetragene Sorge um Kinder und Jugendliche fachlich zu reflektieren. Nicht aber an der Einsicht, sondern an Gelegenheit dazu - daran mangelt es vielerorts in den deutschen Jugendämtern.

**Jugendämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** brauchen die Solidarität der Gesellschaft – und Ämter eine echte fachliche Aufsicht und stete Qualitätsentwicklung. Auch in Bremen müsste dies zu weiteren Konsequenzen führen: Ein gestärktes Landes- und Stadtjugendamt, dessen Messlatte allein fachliche Gesichtspunkte sind. Das wäre ein mutiger Schritt – eine echte Konsequenz nach ‚Kevin‘. Und wenn sich auch im Untersuchungsbericht zum Fall Kevin viele Hinweise finden, ist heute wenig zu hören zur fachlichen Fortbildung und Führungskompetenz von Vorgesetzten, denen der Bericht eine Mitverantwortung für den ‚Fall Kevin‘ zuerkannte. Und was, schließlich, hat sich am Case Management getan, zu dessen Einführung noch ein paar Tage Weiterbildung reichten? Ist die Idee, dass Sozialzentren wieder mehr Fallarbeit übernehmen, der Einstieg in den Ausstieg vom Casemanagement? Denn so gut und richtig es ist, endlich einmal wieder fachliche Alternativen zu erproben – was heißt das für den Auftrag der ambulanten Sozialdienste und was für die Kooperation mit Externen? Bleibt erst mal alles in der Schwebe?

**Am Schluss** steht die Frage nach disziplinarischen Maßnahmen gegen andere Verantwortliche. Trotz offenkundiger Belege des Untersuchungsausschusses, die kaum mehr zur Sprache kommen, ist zur fachlichen Verantwortung von Führungskräften und politischen Mandatsträgern – trotz aller Rücktritte und Stellenwechsel – nachträglich noch ein Wort zu verlieren. „Ja, das Amt trägt Mitschuld – fachlich und strukturell“. Das wäre in diesen Tagen, bei aller eben nur teilweise gerichtlich klärbaren Schuld zweier Sozialarbeiter, eine wohlthuende Nachricht von politischer oder im Amt verantwortlicher Stelle.

**So jedenfalls** wäre es beschämend, wenn allein der Amtsvormund in der juristischen Aufarbeitung Worte der Aufrichtigkeit findet. Denn die Lehre aus dem Fall und der Hintergründe des Todes von Kevin für alle müsste folgende sein: Mehr Solidarität mit und mehr Interesse an den betroffenen Kindern, Jugendlichen und Familien – und gegenüber den Fachkräften. Ein Amt und Politik, die auf Zukunft orientiert sind, leben von ihrer Offenheit. Daher ist es in diesen Tagen nicht geboten, im steten Rennen um große Schlagzeilen gegen Justiz, Politik und Behörden Stimmung zu machen.

**Erst ein klares Signal** aus Politik und Senat für selbstbewusste Fachlichkeit im Interesse der Kinder und Jugendlichen stärkt jene, die sich tagtäglich professionell für Kinder, Jugendliche und Familien engagieren.

Bremen, 25. August 2010

Für den Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH)  
e.V., Landesverband Bremen



Michael Böwer, Landesvorsitzender